

Aufruf zum 1. Mai

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **54 (1962)**

Heft 4

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-354018>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 4 - APRIL 1962 - 54. JAHRGANG

Aufruf zum 1. Mai

**Arbeiter und Angestellte!
Werkstätige Männer und Frauen!**

Der Weltfeiertag der Arbeit ist der Einsicht entsprungen, daß nur die Solidarität aller Werkstätigen die wirtschaftliche und soziale Lage des arbeitenden Menschen verbessern kann. Viele Erfolge sind in den letzten Jahrzehnten errungen worden, doch stellt uns die Gegenwart immer wieder erneut vor die Aufgabe, den sozialen Fortschritt zu sichern und weiterzuführen.

Die Wirtschaft unseres Landes läuft auf Hochtouren, die Arbeitslosigkeit ist auf ein Minimum zurückgegangen und die Arbeitskraft gesuchter denn je. In der Lohnpolitik konnten für das private und öffentliche Personal große Fortschritte erzielt und die Arbeitszeit in der Richtung auf die 44-Stunden-Woche weiter verkürzt werden. Die Hochkonjunktur hat jedoch auch unerwünschte Folgen. Das Preisniveau ist, nicht zuletzt dank der weiteren Lockerung der Mietzinskontrolle und den Beschlüssen des Bundesrates über landwirtschaftliche Produktenpreise in Besorgnis erregender Weise gestiegen, und der Bestand an ausländischen Arbeitskräften hat das im Landesinteresse noch zu verantwortende Maß überschritten. Obwohl die Banken und Industrieunternehmungen große Gewinne ausweisen können und auch im Gewerbe im allgemeinen gut verdient wird, sucht die Reaktion die Löhne und die Arbeitszeitverkürzung für die Teuerung verantwortlich zu machen. In dieser Lage gilt es, nicht nur den Reallohn gegen die Teuerung zu verteidigen, sondern auch dafür zu sorgen, daß die Früchte des wirtschaftlichen Wachstums den Arbeitern und Angestellten durch die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen weiterhin in ausreichendem Maße zugute kommen.

Es gilt aber auch, die Teuerung, die an der Kaufkraft des Arbeiters zehrt und besonders die Altersrentner schwer trifft, zu bekämpfen. Der konjunkturellen Ueberhitzung muß Einhalt geboten

werden, indem der nur der Gewinnsucht dienenden bloßen Aufblähung des Produktionsapparates Einhalt geboten wird. Dabei besteht das wirksamste Mittel, um die Investitionen zu zügeln, neben gezielten kreditpolitischen Maßnahmen darin, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte zumindest auf den bisherigen Stand zu beschränken.

Arbeiter und Angestellte! Der technische Fortschritt und die Organisation des internationalen Warenaustausches erlauben es, den Wohlstand und die soziale Sicherheit Aller mehr denn je zu fördern. Es liegt an Euch, durch Eure Solidarität dieses Ziel der Verwirklichung näherzubringen. Der Kampf um ein modernes, der größeren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechendes Arbeitsgesetz ist in vollem Gange. Weitere Gesetzgebungsarbeiten auf dem Gebiete des Dienstvertragsrechts, der Berufsbildung und Arbeitsvermittlung sind in Vorbereitung. Die Arbeitnehmer aller Schichten und Berufszweige erheben mit Macht die Forderung, als sozial Gleichberechtigte behandelt zu werden. Die geschlossene, solidarische Haltung aller Arbeitnehmer bildet eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß das Arbeitsgesetz und die übrigen arbeitsrechtlichen Erlasse die Gestalt erhalten, die den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter- und Angestelltenschaft angemessen ist.

Hand in Hand mit der Verbesserung der arbeitsrechtlichen Stellung der Arbeitnehmer muß der weitere Ausbau der Sozialversicherung gehen. Mit steigendem Volkseinkommen sind die Leistungen der AHV und IV zu verbessern, das Krankenversicherungsgesetz ist den modernen Verhältnissen anzupassen, und endlich muß dazu geschritten werden, eine leistungsfähige Mutterschaftsversicherung ins Leben zu rufen. Die Frau gewinnt in Wirtschaft und Beruf immer größere Bedeutung. Sie hat den Anspruch darauf, in ihren Interessen als Arbeitnehmerin ebenso gewürdigt und geschützt zu werden wie der Mann.

Werktätige Männer und Frauen! Wir sind auf dem Wege zur sozialen Demokratie ein gutes Stück vorangekommen, aber wir sind noch nicht am Ziel. Ein Anliegen, für das wir alle eintreten müssen, ist der freie Zugang der Jungen und Befähigten zu beruflicher Ausbildung und Studium. Wir fordern den Aufbau eines Stipendienwesens, das erlaubt, den vielfältigen Begabungen und Fähigkeiten unserer Jugend die volle Ausbildung zu sichern und damit alle Kräfte unseres Volkes für den technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt zu aktivieren.

Soziale Gerechtigkeit in den Arbeitsbedingungen, gleiche Aufstiegschancen für alle, soziale Sicherheit gegen die wirtschaftlichen Folgen von Unfall, Krankheit, Verlust des Ernährers und Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit sind neben der politischen Gleichberechtigung und den Freiheitsrechten des Bürgers die Säulen, auf denen die Demokratie ruht. In den kommenden Auseinandersetzungen

zungen auf europäischem und internationalem Gebiet werden wir nur dann unsere Unabhängigkeit erhalten und unsere nationalen Interessen mit Erfolg verteidigen können, wenn diese Grundlagen unseres Staates intakt sind. Die Freiheit des Bürgers muß in der Gleichberechtigung und Sicherheit des Arbeitnehmers ihren Wiederhall finden.

Im Geiste der Solidarität und Freiheit bejahen wir die internationale Zusammenarbeit, sei es um von Volk zu Volk zu helfen, Elend und Rückständigkeit zu beseitigen, sei es, um neue Formen der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zu verwirklichen. Im Rahmen der europäischen Integration sind wir bereit, mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuarbeiten, jedoch ohne jede Preisgabe der Neutralität und ohne Beeinträchtigung der Unabhängigkeit und der demokratischen Volksrechte. Wir sind überzeugt, daß die Schweiz zum Werden eines neuen Europas in ihrer eigenen Weise durch eine loyale Zusammenarbeit einen besseren Beitrag leisten kann, als wenn sie ihre Eigenstaatlichkeit aufgeben müßte.

Ärbeiter und Angestellte! Die Welt steht immer noch unter dem Druck des Kalten Krieges. Ungeheure Aufwendungen für militärische Rüstungen belasten die Völker. Mit der brutalen und völkerrechtswidrigen Zweiteilung Berlins hat der kommunistische Block aufs neue die Absicht bewiesen, den Westen Schritt für Schritt zu schwächen und wehrlos zu machen. Es ist unser aller Aufgabe, die Widerstandskraft gegen die Anschläge und Verlockungen der kommunistischen Diktatur zu stärken und den Glauben an eine freiheitliche und demokratische Ordnung der Welt aufrechtzuerhalten. Der Kampf, den die freien Gewerkschaften durch ihre internationalen Organisationen führen, gilt jeder Form der Diktatur und jeder Verletzung der Menschenrechte aus rassistischen oder politischen Gründen. Wir begrüßen den Waffenstillstand in Algerien und hoffen, daß er den Grund zu einem freien und friedlichen Algerien legt.

Werkstätige! Denkt am 1. Mai daran, daß die Solidarität die Kraft ist, die allein eine Welt des Friedens, der Freiheit und des sozialen Fortschrittes aufbauen kann. Nur sie wird die Last der Rüstungen von den Völkern nehmen können. Tragt durch eure Teilnahme an den Demonstrationen dazu bei, dem Zukunftswillen der Werkstätigen in Stadt und Land mächtigen Ausdruck zu verleihen.

*Das Bundeskomitee
des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.*